

Für Europa wählen Sie doch, was Sie wollen.

Aus Liebe zu Potsdam.

Für Potsdam am 26. Mai das Bürgerbündnis!

Liste 6

Bürgerbündnis Potsdam

POTSDAMER

NEUESTE NACHRICHTEN

BAUELEMENTE WÖTZEL

Adolf-Dammschke-Straße 14
14542 Werder/Havel
Tel. 0 33 27/4 29 19 - Fax 0 33 27/4 55 29
www.bauelemente-woetzel.de

Verkauf, Reparatur und Montage von:
Innen- und Haustüren - Fenster in Holz, Kunststoff und Aluminium - Rolläden und Klappläden - Garagentore und Antriebe - Vordächer - Insektenschutz - Sonnenschutz und Markisen

Heute mit der Beilage
Mehr Genuss und
acht Seiten Sonntag

Urlaub im Welterbe: Streit
um **Ferienwohnungen** in
der Alexandrowka – Seite 10

Geburtstag auf der Schiene:
Der **Regionalexpress 1**
fährt seit 25 Jahren – Seite 16

Wildes Wohnen: Neues Buch
über die **Hausbesetzer** im
Potsdam der Wendezeit – Seite 11

POTSDAM, WOCHENENDAUSGABE VOM 25. MAI 2019

WWW.PNN.DE

69. JAHRGANG / NR. 121 / 2,20 €



Wir haben die Wahl

Sonntag ist Wahltag:
In Brandenburg werden in
413 Kommunen die Ortsbeiräte,
Gemeindevertretungen und
Stadtverordnetenversammlungen
bestimmt, in Europa das
Parlament. Worauf es ankommt,
was Wähler wissen müssen –
Seiten 4 & 5, 9, 13 und 18



Fotos: Andreas Klauer, Patrick Steiger/dpa

+++ Ergebnisse, Analysen und Hintergründe am Sonntag im Newsblog auf pnn.de +++ Alle Ergebnisse der Kommunalwahlen im E-Paper: epaper.pnn.de +++

Mays Rückzug Im Irrgarten des Brexit

VON ALBRECHT MEIER

Die britische Premierministerin Theresa May hat schon jetzt ihren Platz in den Geschichtsbüchern sicher. Winston Churchill führte die Briten in deren „finest hour“ im Kampf gegen die Nazis, Margaret Thatcher brach die Macht der Gewerkschaften, Mays Amtsvorgänger David Cameron hat das Brexit-Referendum zu verantworten. Mays knapp dreijährige Amtszeit lässt sich nun angesichts ihrer Rückzugsankündigung so überschreiben: Sie war die Regierungschefin, die den Briten den Brexit versprach, ihn aber nicht liefern konnte.

Im Rückblick wirkt Mays Amtszeit wie eine Aneinanderreihung fataler Fehlkalulationen. Ihre Entscheidung, 2017 vorzeitig Neuwahlen auszurufen, schmälerte ihre Machtbasis im Unterhaus. Bevor die Verhandlungen mit Brüssel über den EU-Ausstieg überhaupt begonnen hatten, war May zur Gefangenen der Brexiteure um den damaligen Außenminister Boris Johnson geworden.

Mit den verbleibenden 27 EU-Staaten handelte die Regierungschefin anschließend eine Austrittsvereinbarung aus, die sie aber nicht durchs Unterhaus bringen konnte. Als May in dieser Woche ihr letztes verzweifeltes Angebot an die oppositionelle Labour-Partei machte und eine zweite Volksabstimmung in Aussicht stellte, war sie längst gescheitert – ausgeliefert den taktischen Spielchen ihrer Widersacher in den eigenen Reihen und bei der Labour-Partei, von denen jeder etwas anderes will: einen harten Brexit, eine Revision der Nordirland-Regelung, einen Exit vom Brexit oder Neuwahlen.

Nun kommt es also demnächst zu einem Wechsel im Amt des Premierministers. Es darf allerdings bezweifelt werden, dass die Briten unter Mays Nachfolger den Ausweg aus dem Brexit-Irrgarten finden werden. „Leaver“ und „Remainer“ stehen sich noch unversöhnlicher gegenüber als während des Referendums vor knapp drei Jahren. Der sich abzeichnende Erfolg von Nigel Farage's Brexit-Partei bei der Europawahl dürfte es allen Befürwortern eines zweiten Referendums schwerer denn je machen, sich auf den Willen der Bevölkerung zu berufen.

Damit bahnt sich für Großbritannien und die 27 verbleibenden EU-Staaten ein heißer Herbst an. Für den Fall, dass die Konservativen einen Hardliner wie Johnson zum Regierungschef machen, droht nach einer Phase der innerparteilichen Selbstbeschäftigung bei den Tories eine Wiederholung des Brexit-Dramas vom vergangenen Frühjahr – aber unter verschärften Vorzeichen. Schon wird in Berlin, Paris und den anderen EU-Hauptstädten darüber spekuliert, ob ein Premierminister Johnson es tatsächlich auf einen ungeregelten Brexit ankommen lassen könnte, wenn der Austrittsvertrag nicht noch einmal aufgeschürt wird.

Für die EU wird es im vierten Jahr nach dem Brexit-Referendum demnächst mehr denn je darauf ankommen, ihre Geschlossenheit zu wahren. Als die EU den Briten im vergangenen Monat eine Verlängerung der Brexit-Frist bis Ende Oktober zugestand, zeigten sich bereits Differenzen zwischen Kanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsident Emmanuel Macron. Im Gegensatz zu Merkel ist Macron der Überzeugung, dass ein Ende mit Schrecken – also ein ungeregeltes Brexit – für die EU möglicherweise besser ist. Eines sollte Deutschland jedenfalls besser nicht anstreben: eine endlose Verlängerung der Brexit-Saga in der Hoffnung, dass die Briten ihre Entscheidung von 2016 noch einmal überdenken.

May tritt zurück – Großbritannien vor Neuwahlen

Favorit für die Nachfolge ist Ex-Außenminister und Brexit-Verfechter Boris Johnson. Juncker nennt Premierministerin „mutige Frau“

VON SEBASTIAN BORGER, LONDON

„Ich habe mein Bestes gegeben.“ Mit diesem Satz hat Theresa May am gestrigen Freitag in London nach wochenlangen Spekulationen den Schlussstrich unter ihre knapp dreijährige Amtszeit als britische Premierministerin gezogen. Die 62-Jährige will am 7. Juni zunächst als Vorsitzende ihrer konservativen Partei zurücktreten; bis Mitte Juli sollen dann deren Unterhaus-Abgeordnete sowie die Mitglieder über Mays Nachfolge in Partei- und Staatsamt entscheiden. Als Favorit gilt der frühere Außenminister Boris Johnson.

Labour-Oppositionsführer Jeremy Corbyn forderte dagegen sofortige Neuwahlen. May sagte, sie empfinde tiefes Bedau-

ern darüber, dass der vom Volk beschlossene EU-Austritt bisher nicht vollzogen wurde und räumte damit ihr Scheitern an der wichtigsten Aufgabe ihrer Amtszeit ein. Die Nachfolgerin oder der Nachfolger müssten bewerkstelligen, was ihr selbst verwehrt geblieben sei: einen Konsens im Unterhaus zu finden über das beste Brexit-Vorgehen.

„Kompromiss ist kein schmutziges Wort“, zitierte die Regierungschefin einen verstorbenen Bürger ihres Wahlkreises Maidenhead, den Geschäftsmann Nicholas Winton, dessen sogenannte Kindertransporte zur Rettung von mehr als 10 000 jüdischen Kindern und Jugendlichen aus Nazi-Deutschland beigetragen hatten. May mahnte die Parlamentarier und das tief zerstrittene Land: „Unser Le-



HEUTE
SERIE MIT KARTE
Auf Fontanes
Spuren durch den
Spreewald

ben hängt von Kompromissen ab.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) nahm die Rücktrittsankündigung „mit Respekt zur Kenntnis“. Die Kanzlerin habe „stets mit Frau May gut und vertrauensvoll zusammengearbeitet und wird dies auch weiterhin tun, solange sie im Amt ist“, sagte eine Regierungssprecherin am Freitag in Berlin.

Der Präsident der EU-Kommission, Jean-Claude Juncker, sagte, er habe Mays Rede „ohne persönliche Freude“ verfolgt und bezeichnete sie als „mutige Frau“. In London lobten konservative Parteifreunde Mays Ansprache als bewegend. Boris Johnson würdigte den „stoischen Dienst“ der Scheidenden.

Die Opposition hielt sich nicht lange mit Komplimenten auf. Die Ungerechtigkeiten im Land seien schlimmer als vor drei Jahren, kritisierte Labour-Chef Corbyn und betonte das Scheitern der konservativen Partei am geplanten EU-Austritt. Vom „Brexit-Durcheinander“ sprach die schottische Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon von der Nationalpartei SNP. May habe viel zu häufig Kompromisse mit dem rechten Flügel der Tories gemacht,

stets habe das Parteiwohl die Interessen des Landes überragt, tadelte Vincent Cable, Parteichef der Liberaldemokraten.

Die Nachfolge-Überlegungen der 313 konservativen Fraktionsmitglieder konzentrieren sich auf jene Kandidaten, die im Referendum 2016 für den EU-Austritt geworben hatten. Favorit ist der als Außenminister wegen eines von May geplanten Brexit-Kompromisses zurückgetretene Boris Johnson.

Das parteiinterne Verfahren sieht vor, dass die Unterhaus-Abgeordneten das große Bewerberfeld in mehreren Abstimmungen auf zwei Kandidaten reduzieren, die dann den rund 120 000 Parteimitgliedern zur Wahl gestellt werden.

— Seiten 2 und 3

Youtube-Stars rufen zum Boykott von SPD und CDU auf

BERLIN - Wegen Widerstands aus dem Internet drohen CDU und SPD Verluste bei der Europawahl. Nach der tagelangen Diskussion um den Youtuber Rezo, der in einem Video die CDU scharf angegriffen hatte, legte der 26-Jährige mit seinen Netzkollegen noch einmal nach: Am Freitag veröffentlichten mehr als 70 Youtube-Stars ein Video, in dem sie ihre Fans auffordern, SPD und CDU bei der Europawahl zu boykottieren. Gemeinsam haben sie auf der Videoplattform mehrere Millionen Abonnenten. Kernkritikpunkt ist die Klimapolitik der großen Koalition. „Die irreversible Zerstörung unseres Planeten ist leider kein abstraktes Szenario, sondern das berechenbare Ergebnis der aktuellen Politik“, heißt es. Die Youtuber beklagen zudem, von der Politik diskreditiert worden zu sein – eine Anspielung auf die Debatte auf die EU-Urheberrechtsreform, in der sich die Youtuber mit ihrem Protest nicht ernstgenommen fühlten. Politikwissenschaftler gehen davon aus,

dass die Kampagne des Youtubers Rezo zu einer Mobilisierung junger Wähler führen kann – was sich insgesamt nachteilig besonders für die CDU auswirken würde. Diese war von dem Youtube-Protest überrollt worden.

Am Freitag warben die deutschen Parteien noch einmal mit Großveranstaltungen um jede Stimme. Dabei schöpfte die SPD Hoffnung aus dem überraschend guten Abschneiden des Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten in den Niederlanden, wo der europaweite Abstimmungsreigen am Donnerstag eröffnet worden war: Im Heimatland von Frans Timmermans lagen die Sozialisten nach einer Prognose unerwartet vorn. Sie wurden mit 18,4 Prozent der Stimmen stärkste Kraft, wie der staatliche niederländische Sender NOS unter Berufung auf Daten des Instituts Ipsos berichtete. MARIA FIEDLER

— Seiten 4, 5, 6, 20 und 27

Brandenburg bekommt 165 Millionen Euro für Kitas

POTSDAM/TELLOW - Brandenburg kann als drittes Bundesland mit Millionenhilfen des Bundes mehr für Kitas tun – und will schon bald mehr Eltern von Beiträgen entlasten und längere Betreuung anbieten. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und Bildungsministerin Britta Ernst (beide SPD) unterzeichneten am Freitag in Potsdam eine entsprechende Vereinbarung über 165 Millionen Euro und besuchten dann eine Einrichtung in Teltow. Brandenburg ist nach dem Saarland und Bremen das dritte Land, das mit dem Bund einen solchen Vertrag hat, als nächste kommen Niedersachsen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Die Maßnahmen sollen ab dem 1. August im Land umgesetzt werden. Es gibt nach Angaben des Bildungsministeriums rund 185 000 Kinder in etwa 1900 Kindertagesstätten, davon sind bisher fast 25 000 Kinder beitragsfrei für das letzte Jahr vor der Einschulung. Künftig sollen es 43 000 Kinder zusätzlich sein – von

Eltern mit niedrigem Einkommen. Die Beitragsfreiheit gilt für Eltern mit einem Haushaltseinkommen bis zu 20 000 Euro. Die finanzielle Unterstützung macht von 2019 bis 2022 insgesamt rund 18 Millionen Euro aus. Damit seien rund 36 Prozent aller Kita-Kinder von Beiträgen freigestellt.

Dazu kommen die Förderung für längere Betreuungszeiten, mehr Zeit für die Anleitung von Erziehern für eine bessere Qualifizierung sowie eine stärkere Elternbeteiligung etwa über örtliche Elternbeiräte in Kreisen und kreisfreien Städten. Die Verbesserung von Qualität und Teilhabe umfassen dem Ministerium zufolge von 2019 bis 2022 insgesamt rund 147 Millionen Euro.

„Ich finde, es ist ein sehr, sehr gutes Signal, dass über 90 Prozent der Bundesmittel in die Qualität investiert werden“, sagte Bundesministerin Giffey. dpa

— Seite 13

INDEX	
WIRTSCHAFT & BÖRSEN 19-22	
Der Dax hat am Freitag einen Teil seiner Vortagesverluste wettgemacht und schloss bei 12015 Punkten.	
WETTER 2	
Immer wieder dichte Wolken, hin und wieder aber auch mal etwas Sonne. Weitgehend trocken. Mäßiger, in Böen frischer Wind aus westlichen Richtungen.	
POLITIK & MEINUNG 1-8	
POTSDAM 9-12	
POTSDAM-MITTELMARK 13	
POTSDAM KULTUR 30	
MEDIEN/TV-PROGRAMM 34, 35	
WELTSPIEGEL 36	
ABONNENTENSERVICE (0331) 2376-100	
ANZEIGENSERVICE (0331) 2376-111	
REDAKTION (0331) 2376-132	



4 191001 302203



Die schönsten Stunden erleben Sie an einem Ort,
an dem alles stimmt. Mit Formen, die einfach und klar sind.

Ralph Bosshammer GmbH
Karl-Marx-Allee 77 - 79, 10243 Berlin, Tel. 030 42201520, www.dk-bulthaup.berlin

bulthaup
karl-marx-allee